

## Auszug aus dem Beschlussprotokoll der 12. Sitzung des Kreistages am 11.04.2016

### 8. **Konzept zur Entwicklung der Standorte im Landkreis Vorpommern-Greifswald - Standortkonzept** **Vorlage: 35/2016**

LR in Dr. Syrbe bringt die Vorlage 35/2016 ein. Sie erinnert, bereits im Jahr 2012 habe man das Konzept „Verwaltung 2020“ aufgelegt. Dieses Konzept bestand aus drei Säulen. Die 1. Säule war die Haushaltskonsolidierung. Hierfür habe man zunächst ein Rahmenkonsolidierungskonzept erstellt, in dem u.a. festgeschrieben wurde, dass man durch intensive Maßnahmen oder Aufbau eines Controllings in dem Bereich Jugend und Soziales die Kosten senken wolle. Heute könne man darstellen, dass dies deutlich gelungen sei und diese Maßnahmen greifen. Eine weitere Aufgabe, die sich der Landkreis selbst gestellt habe, war die kommunale Finanzanalyse. Diese werde jährlich fortgeschrieben und liege heute in 3. Fortschreibung vor. Dadurch könne man stets die finanzielle Entwicklung der Kommunen im Blick behalten. Die 2. Säule bilde das Personalentwicklungskonzept. Dieses sei zunächst so aufgestellt worden, dass man im Jahr 2013 eine Erfassung des Alters, der Qualifikation und des zukünftigen Personalbedarfs vorgenommen habe. Mit den Firmen PWC und Rödl & Partner habe man festgelegt, wie der Stellenplan, unter Beachtung, dass sich der Aufgabenkatalog nicht verändere, zukünftig aussehen solle. Auf Grundlage dieses Personalentwicklungskonzeptes habe man mit dem Ministerium für Inneres und Sport vereinbart, wie sich die Personalsituation entwickeln solle und welche Stellen benötigt werden. Ein weiterer wichtiger Schritt war, dass sich der Landkreis in dem Personalentwicklungskonzept klar dazu bekannt habe, dass man Ausbildungsbetrieb sei. Im Hinblick hierauf setze der Landkreis dieses Konzept bereits in die Tat um. Die 3. Säule stelle das Standortentwicklungskonzept dar. Dieses baute auf der Festlegung des Kreistages, dass der Landkreis an drei Standorten vertreten sein solle, auf. Als erstes habe man Ziele definiert und Grundsätze festgelegt, welche man gemeinsam in der Verwaltung diskutiert und mit dem Personalrat verabschiedet habe. Auf dieser Basis habe man das Standortentwicklungskonzept erstellt. Dieses Konzept sei dann von der Fa. Rödl & Partner bewertet und für schlüssig befunden worden. Jedoch habe man dann festgelegt, man müsse in bestimmte Richtungen weiter arbeiten. Sie unterstreicht, es handle sich hierbei um ein Konzept. Das bedeutet, wenn sich die Aufgaben oder Umstände ändern, dann müsse man darauf reagieren und das Konzept fortzuschreiben. Das Standortentwicklungskonzept wurde fortgeschrieben und noch einmal in die Diskussionsrunde gegeben. In einer der letzten Sitzungen des Kreistages wurde gefordert, dass das Konzept auch mit den Bürgermeistern der Städte Pasewalk, Anklam und Greifswald diskutiert werden müsse. Dies habe man getan. Der zeitweilige Ausschuss „Haushaltskonsolidierung“ habe sich dem Standortkonzept angenommen. In diesem Ausschuss sei unter Beteiligung der Bürgermeister der betroffenen Städte das Haushaltskonsolidierungskonzept beraten worden. Aus diesem Ausschuss heraus wurde die Bitte an die Verwaltung getragen, dieses Standortkonzept dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sie weist darauf hin, dass im Standortkonzept die Prüfung der Einrichtung von Bürgerbüros fehle. Dies sei Bestandteil der weiteren Arbeit an dem Konzept. Zudem betont sie, dass der Abgleich mit der Personalentwicklung immer wieder erfolgen müsse. Das Standortkonzept orientiere sich an den Grundsätzen, die der Kreistag aufgestellt habe: Bürgernähe, Verwaltung an allen drei Standorten und Effizienz der Verwaltung. Es handle sich um ein Konzept, an dem weiter gearbeitet werde. Sie bittet die Kreistagsmitglieder, das Standortkonzept in der jetzigen Fassung zu bestätigen.

**Herr Dahlemann** erinnert, dass man in vielen Sitzungen des Kreistages über ein Papier gesprochen habe, welches von den Kreistagsmitgliedern nur wenige kannten. Fast 5 Jahre nach der Kreisgebietsreform liege dem Kreistag nun der Entwurf vor. Er bedankt sich bei der Kreisverwaltung, dass sie zu der Einsicht gekommen sei, den Kreistag bei der Behandlung dieses Themas mitzunehmen. Er teilt mit, das Verwaltungskonzept sei auch eine Frage der Perspektive. Die Landrätin hätte überzeugend dargestellt, wie man das Verwaltungskonzept aus Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diskutiere. Er hebt hervor, jedoch sei man zunächst für die Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Vorpommern-Greifswald mit verantwortlich. Daher müsse man sich die Frage stellen, wie komme der Bürger zu seinen Dienstleistungen und wie komme diese Dienstleistung möglichst wohnortnah zu ihm. Weiterhin merkt **Herr Dahlemann** an, dass es bei allen anderen Beschlussvorlagen üblich war, eine fachgerechte Beratungsfolge einzuhalten. Zwar habe sich der Finanzausschuss mit dieser Vorlage auseinandergesetzt, jedoch wäre es sinnvoll gewesen, andere Fachausschüsse mit einzubeziehen. Beispielsweise führt er u.a. an, der Standort der Zulassungsstelle sei ein Thema für den Ausschuss für Tourismus und Verkehr, die Standortfragen des Jobcenters betreffen den Ausschuss für Familie, Soziales und Gesundheit und die Musikschul- und Volkshochschulstandorte seien Thema des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Daher beantragt er im Namen der Fraktion SPD/Grüne, die Vorlage 35/2016 in die Fachausschüsse zu verweisen. Darüber hinaus bittet er, den Prüfauftrag hinsichtlich der Bürgerbüros nicht einfach abzuschließen, denn dieser war ein klares Votum des Kreistages. Im vorliegenden Standortkonzept werden die Bürgerbüros einfach so abgetan und der Kreistag solle dies heute beschließen, obwohl hierzu noch nichts festgelegt sei. Des Weiteren empfiehlt er, sich für das Thema des Standortkonzepts die notwendige Zeit zu nehmen.

**Herr Krins** teilt mit, der zeitweilige Ausschuss „Haushaltskonsolidierung“ habe sich ausführlich mit dieser Thematik befasst. An Herrn Dahlemann gewandt stellt er klar, dass es sich um kein vollendetes Konzept handle, sondern dieses laufend fortgeschrieben werde. Für ihn stelle sich die Frage, wie man es hinbekommen solle, ein Konzept zusammenzustellen, wenn sich jeder Fachausschuss mit der Standortproblematik befasse. Die Bürgermeister der drei Belegheitsgemeinden waren in dieser Ausschusssitzung auch zugegen und haben sich zum Standortkonzept positiv geäußert. Das Thema müsse endlich auch befriedet und die Diskussionen zwischen den drei Verwaltungsstandorten beendet werden. Er stellt heraus, wenn man eine Verwaltung mit drei Standorten nicht möchte, dann müsse man sich hierzu positionieren und die Hauptsatzung dementsprechend ändern. Das Standortkonzept nehme lediglich den Beschluss des Kreistages mit drei Verwaltungsstandorten auf. Die Verwaltung könne keine Variantenvergleiche erstellen, wenn sich der Kreistag nicht klar zur Standortproblematik positioniere. Herr Wille werde sich weitergehend mit dem Standortkonzept beschäftigen. Er hebt nochmals hervor, dass es sich bei diesem Konzept um keine endgültige Fassung handle und spricht sich somit gegen den Antrag der Fraktion SPD/Grüne aus, die Vorlage in die Fachausschüsse zu verweisen.

**Herr Wille** erläutert, das vorliegende Standortkonzept stelle eine Sachstandsdarstellung, wie der jetzige Stand und die jetzige Strategie sei, dar. Was der Landkreis tatsächlich erfüllen könne, werde man ohnehin erst in dem Moment entscheiden können, in dem man haushaltsmäßig eine Untersetzung habe. Das bedeute, mit der nächsten Haushaltsberatung werde man auf jeden Fall das Standortkonzept noch einmal thematisieren. Er bittet darum, dieses Konzept heute nicht abzulehnen. Eine heutige Zustimmung verstehe er nicht so, dass der Landkreis daran strikt gebunden sei. Die Verwaltung lebe und man werde langfristig eine gewisse Flexibilität haben müssen. Er unterstreicht die Wichtigkeit, dass die Verwaltung eine klare Linie habe, in welche Richtung man in der Frage der Investitionen arbeiten müsse. Daher sei für ihn die nächste Haushaltsberatung der entscheidende Zeitpunkt. Aus seiner Sicht hindere ein heutiger Beschluss den Landkreis nicht daran, weiterhin am Standortkonzept zu arbeiten.

Aufgrund eines Gesprächs mit der Pasewalker Bürgermeisterin korrigiert **Frau Schlupp** Herrn Krins dahingehend, dass diese mit dem Standortkonzept nicht einverstanden sei. Im Hinblick

darauf, dass es hier um Finanzen gehe, sei ihr Optimismus nicht sehr groß, dass der Kreistag in der nächsten Haushaltsberatung über Finanzen im Zusammenhang mit dem Standortkonzept reden könne. Sie kritisiert, in Bezug auf den Standort Pasewalk werde seit zwei Jahren geprüft, wie man den Verwaltungsstandort umbauen könnte, damit das Jobcenter einziehe. Selbst vor einem Jahr konnte man ihr noch nicht sagen, wie viel dieser Umzug kosten würde. Darauf hin habe sie Akteneinsicht beantragt und es lag keine Kostenschätzung hierfür vor. Vor etwa drei Wochen habe sie wieder Akteneinsicht beantragt und es wurde ihr mitgeteilt, dass es noch keine Kostenschätzung gebe und sie informiert werde, wenn diese vorliege. Das bedeute, seit zwei Jahren experimentiere man bezüglich des Standortes Pasewalk herum, ohne dass Kostenschätzungen vorliegen. Es stehe aber fest, dass Kosten für Planungsleistungen entstanden seien, die sich nachher als nicht tragfähig erwiesen haben. Sie bemängelt, im vorliegenden Standortkonzept werde lediglich zusammengefasst, welche Mietkosten der Landkreis einsparen könnte. Dies sei aber keine Vollkosteneinsparung. Alternativ müsste man wenigstens berechnen, wieviel Sanierungskosten der Landkreis weniger investieren müsste, wenn man die Kürassierkaserne mit weiteren Verwaltungsmitarbeitern belege. Sie zitiert aus dem Standortkonzept: „Auch aus Gründen der Personalentwicklung ist perspektivisch gesehen zu berücksichtigen, dass Greifswald als Arbeitsort deutlich attraktiver eingeschätzt wird als Pasewalk oder mit Abstrichen wegen seiner zentralen Lage auch Anklam.“. Angesichts dessen fragt sie sich, was man mit allen anderen Firmen mache, die Arbeitnehmer im Altkreis Uecker-Randow brauchen. Sie betont, es sei Aufgabe der Kreisverwaltung, als Arbeitgeber so attraktiv zu werden, dass man entsprechende Arbeitnehmer akquirieren könne. Die Pasewalker Bürgermeisterin hätte bestätigt, dass jede ausgeschriebene Stelle ungefähr 20 bis 30 Bewerber habe und 3 bis 4 Bewerber in der Regel für die Stelle qualifiziert seien. Weiter kritisiert sie, dass einige Kostenschätzungen auf Zahlen aus dem Jahr 2013 beruhen. Daher empfiehlt sie, den Baukostenindex zu betrachten und wie sich die Baukostensteigerungen in den letzten drei Jahren entwickelt haben. Sie macht darauf aufmerksam, dass man über hiermit verbundene Finanzen noch gar nicht beraten habe, aber heute etwas festlegen solle. Sie erinnert, dass dem Kreistag der erste Entwurf des Standortkonzeptes vor einigen Jahren bereits als Anlage zum Bericht der Landrätin vorgelegt wurde und mit dieser Begründung Fakten geschaffen werden konnten. Unter dieser Maßgabe sei sie nicht dazu bereit, dieses Standortkonzept zu beschließen. Seit 5 Jahren habe der Kreistag immer noch keine Zahlen auf dem Tisch. Daher sei es jetzt an der Zeit mit konkreten Zahlen und Alternativprüfungen zu arbeiten.

**Herr Okon** vertritt die Auffassung, dass in der Beratungsfolge einige Fachausschüsse, wie z.B. der Ausschuss für Wirtschaft und Kreisentwicklung, fehlen. Er bezeichnet das Konzept als unausgereift, denn es trage nicht den Erfordernissen des Landkreises Rechnung. Dem Standortkonzept sei zu entnehmen, dass bis zum Jahr 2024 ca. 250 Mitarbeiter aus dem Dienst ausscheiden werden. Dies entspreche 1/3 bis 1/4 aller Mitarbeiter. Bei einer Immobilienplanung rechne man hingegen mit einer Lebensdauer von 40 Jahren bei hochtechnisierten Gebäuden und bei üblichen Gebäuden mit 50 Jahren. Diese Gegenüberstellung solle verdeutlichen, dass dies noch nicht die endgültige Lösung sein könne. Eine Orientierung an den Wohnorten der Mitarbeiter sei aufgrund der Personalfuktuation nachrangig. Das bedeute, wenn sich ein Mitarbeiter vom Standort Anklam auf eine Stelle in Pasewalk bewerbe, sei diese gesamte Betrachtung etwas kurzsichtig. Dem stünden die tatsächlichen Bedarfe des Landkreises, Funktionskonsolidierung und -zusammenführung, gegenüber. Er kritisiert die fehlende Berücksichtigung und Prüfung der Frage der Einrichtung von Bürgerbüros, der Einführung der One-Stop-Agency (einheitlicher Anlaufpunkt) und statistischer Methoden, die ein Wegeoptimum für bestimmte Bürgergruppen errechnen können. Zudem merkt er an, auch wenn es sich um keinen endgültigen Entwurf des Standortkonzeptes handle, sei es so, wenn die Immobilienzuteilung der Standorte stehe, dann lasse sich hieran schwer etwas ändern. Deshalb empfiehlt er, dass sich die zuständigen Ausschüsse mindestens noch einmal mit diesem Konzept befassen. Er wiederholt im Namen der Fraktion SPD/Grüne den Antrag, die Vorlage in die Fachausschüsse zu verweisen.

Eingehend auf den Bericht der Landrätin teilt **Herr Schröder** mit, dass ihm zwei Anmerkungen fehlen. Er erinnert, der Kreistag hätte vor einigen Monaten die Verwaltung aufgefordert, eine Verkehrskonferenz mit Polen zu organisieren. Vom Stadtpräsidenten von Swinemünde wurde auf einer Sitzung des Unternehmerverbandes verkündet, dass der Swine-Tunnel gebaut werde, weit mehr als 10.000 Betten geschaffen werden und die Insel Wollin erschlossen werden solle. Er bittet darum, einen Termin für solch einen Gesprächsgipfel zu nennen.

**KTP Sack** macht Herrn Schröder darauf aufmerksam, dass das Konzept zur Entwicklung der Standorte Thema sei.

**Herr Schröder** bezieht sich weiterhin auf einen Bericht in der Ostsee-Zeitung zur Breitbandentwicklung. Hier sei die Insel Usedom nachlässig behandelt worden. Die touristischen Unternehmen melden hier Wettbewerbsverluste und Einsatzbußen an, da gerade die Internetverbindung ein Buchungsargument sei. Sie befürchten daher sehr hohe Verluste. Er bittet, dies entsprechend darzustellen.

**Herr Hasselmann** weist darauf hin, dass die von Herrn Schröder angesprochenen Themen mit dem Tagesordnungspunkt nichts zu tun haben. Er antwortet, die Verwaltung habe mehrmals versucht, mit der polnischen Seite einen Termin zur Problematik Swine-Tunnel zu vereinbaren. Dieser Termin werde jedoch nicht zustandekommen, weil die polnische Seite erst einem Termin zustimmen werde, wenn alle Abstimmungen diesbezüglich mit der Landes- und der Bundesbehörde abgestimmt seien. Derzeit liefen die Verhandlungen mit der Landesverkehrsbehörde hierzu und erst dann könne man einen Termin nennen.

**Herr Hasselmann** sichert zu, dass man in der nächsten Sitzung des Kreistages auf die Breitbandversorgung eingehen werde.

**KTP Sack** bittet zu beachten, dass sich Wortmeldungen zukünftig inhaltlich auf den Tagesordnungspunkt beziehen.

**Herr Weigler** stellt namens der Fraktion Kompetenz für Vorpommern einen Antrag zur Geschäftsordnung auf 10 Minuten Auszeit und bittet die Fraktionsvorsitzenden zu einer Aussprache zusammen.

**KTP Sack** gewährt nach Rücksprache im Kreistagspräsidium 5 Minuten Auszeit.

Es folgt eine Auszeit von 5 Minuten.

Nach Rücksprache mit dem Kreistagspräsidium und den Fraktionsvorsitzenden trägt **Herr Weigler** den folgenden gemeinsamen Formulierungsvorschlag vor: „Der Kreistag nimmt den Konzeptentwurf zur Entwicklung der Standorte im Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Kenntnis.

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, alle selbst formulierten Prüfungsaufträge, die in diesem Konzept formuliert sind und all das, was in der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt von den verschiedenen Rednern vorgetragen worden ist, als Prüfauftrag zu verstehen und diese Aufträge abzuarbeiten und in die Haushaltsdiskussion für den Haushalt 2017 aufzunehmen.

Gleichzeitig stimmt der Kreistag darüber ab, dass der Status quo an allen Standorten erhalten bleibt. Ohne dass der Kreistag noch einmal damit befasst wird, soll es keine baulichen Veränderungen und keine Änderungen der Beschäftigungszahlen in Größenordnungen an den jeweiligen Standorten geben.“

**Herr Weigler** fügt dem hinzu, Herr Wille habe versichert, dass im Haushaltsentwurf, den der Kreistag gerade beschlossen habe, keine größeren Umbaumaßnahmen vorgesehen seien und erst wenn diese im Haushaltsentwurf 2017 stehen sollten, dann sollen an den Standorten oder an einzelnen Standorten große Umbaumaßnahmen oder Neubaumaßnahmen vorgenommen werden.

Er informiert, dass die Antragsteller, die vorher Anträge zur Verweisung gestellt haben, ihn beauftragt haben, mitzuteilen, dass diese Anträge von ihnen zurückgezogen werden und das von ihm Vorgetragene zur Abstimmung gestellt werden solle.

Die Nachfrage von **Herrn Andrejewski**, ob der vorgetragene Beschlussvorschlag auch beibehalte, dass die Hauptsatzung nicht geändert werden müsse und die drei Verwaltungssitze erhalten bleiben, wird bestätigt.

**KTP Sack** lässt über den von Herrn Weigler vorgetragenen gemeinsamen Beschlussvorschlag der Fraktionen abstimmen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Konzeptentwurf zur Entwicklung der Standorte im Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Kenntnis.

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, alle selbst formulierten Prüfungsaufträge, die in diesem Konzept formuliert sind und all das, was in der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt von den verschiedenen Rednern vorgetragen worden ist, als Prüfauftrag zu verstehen und diese Aufträge abzuarbeiten und in die Haushaltsdiskussion für den Haushalt 2017 aufzunehmen.

Gleichzeitig stimmt der Kreistag darüber ab, dass der Status quo an allen Standorten erhalten bleibt. Ohne dass der Kreistag noch einmal damit befasst wird, soll es keine baulichen Veränderungen und keine Änderungen der Beschäftigungszahlen in Größenordnungen an den jeweiligen Standorten geben.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 2 dagegen, 7 Enthaltungen  
Beschlussnummer: 220-12/16